

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, 13. Februar 1919

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementssatz in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Hessen. Anzahl 30 Pf. wöchentlich, oder 2.10 monatl. Abonnementssatz bei Postbeamten: monatl. M. 1.20, vierjährlich M. 3.80. Feldpost-Abonnement M. 1.80 monatl. Insertionspreis die Zeile 80 Pf. mit 45 Pf. Zuschlag für Stellenangebote und Geschoß 70 Pf. mit 45 Pf. Zuschlag; Familien-Anzeigen für Abonnenten 70 Pf. die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort 20 Pf., das fettgedruckte Wort 50 Pf. mit 50% Zuschlag. — Redakt. u. Haupt-Kap.: SW, Journalist. Str. 40-49. — Tel.: Zentrum Nr. 10181-10144; f. d. Fernverk. Nr. 14207-14209. Chefredakteur: Otto Nuschke.

Abonnementssatz in Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Hessen. Anzahl 30 Pf. wöchentlich, oder 2.10 monatl. Abonnementssatz bei Postbeamten: monatl. M. 1.20, vierjährlich M. 3.80. Feldpost-Abonnement M. 1.80 monatl. Insertionspreis die Zeile 80 Pf. mit 45 Pf. Zuschlag für Stellenangebote und Geschoß 70 Pf. mit 45 Pf. Zuschlag; Familien-Anzeigen für Abonnenten 70 Pf. die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort 20 Pf., das fettgedruckte Wort 50 Pf. mit 50% Zuschlag. — Redakt. u. Haupt-Kap.: SW, Journalist. Str. 40-49. — Tel.: Zentrum Nr. 10181-10144; f. d. Fernverk. Nr. 14207-14209. Chefredakteur: Otto Nuschke.

Druck und Verlag: Rudolf Meiss, Berlin SW.

Radek in Berlin verhaftet.

Das bolschewistische Propaganda-Bureau beschlagnahmt.

Berlin, 12. Februar. (W. L. B.)

Der russische Bolschewisteführer Radek ist von der Berliner Kriminalpolizei entdeckt und verhaftet worden.

Nach Wochenlangen Beobachtungen ist es am gestrigen Nachmittag gegen 6 Uhr gelungen, den berüchtigten Russen Radels, der unter dem Namen Karl Radek sein Unwesen getrieben hat, und dessen unheimlichen Mithilfen zusammen mit Viebnecht die blutigen Wirren im Januar zu dichten sind, dingfest zu machen. Radek wurde in seinem Spartakistisch-bolschewistischen Propagandabureau, das sich in einem westlichen Berliner Vorort befindet, verhaftet und in das Zellengefängnis in Moabit gebracht. Wir erfahren folgende Einzelheiten:

Wie wir bereits vor mehreren Wochen zu berichten in der Lage waren, war Radek nach der Niederwerfung des Spartakusaufstandes nach Berlin zurückgekehrt, nachdem er es vorgezogen hatte, für etwa zehn Tage zu verschwinden. Radek war inzwischen in Wien gewesen, hatte dort mehrere Freunde und Bekannte besucht und hatte von dort aus seine Sekretärin, eine Wiener Spartakinistin, die in österreichischen Kommunistenkreisen bereits eine führende Rolle gespielt hatte, nach Berlin mitgebracht. Radek war sehr vorsichtig geworden und vermeidet nach dem Tode Liebknechts und Rosa Luxemburgs alles Aufsehen. Er vermied es, öffentlich aufzutreten und knüpfte ganz im Geheimen die Fäden mit den übrigen Führern der Spartakus-Bewegung in Berlin so wohl wie in Deutschland wieder an. Es war den Behörden bekanntgeworden, daß Radek, der über beträchtliche Geldmittel verfügt, und der durch Kuriere

dauernd mit Geld aus Russland versorgt

wurde, nach dem Ende Siebenschlags die Führung der kommunistischen Partei in Deutschland übernommen hatte. Radek hielt sich zunächst bei Kommunisten in Berlin auf, wechselte seine Quartiere jedoch fast alltäglich, um möglichst alle Spuren zu verwischen. Wie vorsichtig er war, geht daraus hervor, daß sich in Radeks Besitz eine kleine Apotheke mit den verschiedensten Gütern befand. Radek war so misstrauisch, daß er nach dem Genuß fast jeder Speise oder von Getränkten Gegeignisse nahm, da er stets in der Befürchtung lebte, von seinen politischen Gegnern vergiftet zu werden. Er wechselte ständig die Kleidung und ließ bald in Süß, bald in deutscher Militäruniform umher. Obwohl mehrere Kriminalbeamte im Auftrage der Regierung Radek ständig verfolgten, gelang es doch fast niemals, seiner Spur zu folgen. Vor einigen Wochen richtete Radek in der Wohnung, die einer seiner Freunde, der als Arzt arbeitet, gemietet hatte, ein großes Propagandabureau ein. Radek trat unter dem Namen Dr. Freund, auch als Dr. Merker auf und ließ durchblicken, daß er mit einer neuen Erfindung beschäftigt sei. In diesem Propagandabureau ließen die Fäden zusammen, die sich über ganz Deutschland erstrecken. Mit Hilfe seiner Sekretärin, die, wie unzweifelhaft festgestellt ist, in Bremen, Braunschweig und in Berlin für Radek tätig war und die dortigen Kommunisten mit Geld versorgt hat, hat Radek alles getan, um die ruhige Arbeit in Braunschweig zu behindern. Sein Werk war die Gründung des Spartacus-Bundes in Weimar. Radek hat vor allem die Beziehungen zu Elbhorn aufgenommen, der ebenfalls seit Wochen wieder in Berlin wohnt. Ferner hat er mit anderen bekannten Spartakus-Führern Verbindung unterhalten. Auf Radeks Verhaftung war eine Prämie von 20 000 Mark ausgeschrieben. Diese Summe sollte derjenige erhalten, dem es gelang, Radeks Wohnung festzukellen oder Angaben zu machen, die zu seiner Verhaftung führen konnten. Seit einigen Tagen war es dem Kriminalbeamten nun

gelungen, sich an Radeks Fäden zu heften. Er hatte herausgefunden, zu welchen Seiten der Russe in seinem Bureau zu arbeiten pflegte und er hatte ferner ermittelt, daß am Abend eine Spartakisten-Sammlung stattfinden sollte, an der, wie man erfuhr, auch Eichhorn teilnehmen wollte.

Die Verhaftung.

Am Nachmittag gegen 4 Uhr rief der Kriminalbeamte, nachdem Radek kurz zuvor das Haus betreten hatte, beim Regiment Reinhard an und teilte mit, daß Radek in seinem Bureau wäre. Er bitte sofort um Unterstützung. Darauf begab sich ein Offizier mit sechs Mann nach dem Westen. Im ununterbrochenen Wege näherte man sich dem Spartakistischen Büro, und nachdem noch andere Truppen alle Ausgänge umstellt hatten, drang man in das Gebäude ein. Radek befand sich mit seiner Sekretärin in seinem Büro. Der Russe war sehr elegant gekleidet. Er trug einen Kronenanzug und hatte noch immer den schmalen Bademantel, der ein charakteristisches Merkmal seines Steckbriefes war. Der Kriminalbeamte trat an Radek zu, der in Abwehr der bewaffneten Beamten verdeckt die Bewegung machte, und sagte: „Sie sind Karl Radek. Ich verhafte Sie!“ Radek wurde sehr bleich und behauptete, daß hier ein Irrtum vorliege. Er sei ein Arzt und habe mit dem Geschäft nicht das geringste zu tun. Als der Beamte jedoch sich nicht verblüffen ließ und die Sekretärin ebenfalls verhaftete, sagte Radek: „Garantieren Sie mir für mein Leben? Das ich hoffen, daß mir unterwegs nichts passiert?“ Der Offizier sagte ihm hierauf vollen Schutz zu. Radek zog daraufhin eine elegante Schpitz an und wurde unter starker Bedrohung in einem Auto, das mit Revolverkanonen bestückt war, um den Gefangen vor etwaigen Angriffen zu schützen, abgeführt. Alle in dem Hause befindlichen Personen wurden ebenfalls verhaftet und abgeführt. In dem Büro Radeks stand man eine Unmenge bolschewistischen Propagandamaterials, das beschlagnahmt wurde. Aus den vorhandenen Unterlagen dürfte man wichtige Aufschlüsse über die Führer der Bewegung erhalten.

Radek wurde zum Regiment Reinhard gebracht, wo er zuerst von Oberleutnant v. Kessel verhört wurde. Radek, der einen sehr niedergeschlagenen Eindruck machte, beantwortete diese mal die Frage, ob er der Gesuchte sei, sofort bejahend. In ziemlich gutem Deutsch, mit etwas russischer Akzent, machte er dann weitere Angaben. Hierauf wurde Radek von Oberst Reinhard selbst verhört. Er gestand ein, daß er der kommunistischen Bewegung naheste. Er wurde sodann unter starker Bedrohung in das Zellengefängnis Moabit überführt.

Oberleutnant v. Kessel machte uns folgende Angaben: Der Verhaftete erklärte Oberst Reinhard während des Verhörs, er, Radek, sei Mitglied der russischen Regierung und als solches hier tätig. Er erklärte ohne Aufforderung:

„Ich bin von Richard Müller und Molkenbuhr hierher gerufen worden.“

Radek ist klein, schmächtig und macht einen eleganten Eindruck.

Wie das Regiment Reinhard mitteilte, soll der ebenfalls bekannte Spartakus-Führer Dr. Sebi in München verhaftet worden sein.

Mit Radek ist eine der gefährlichsten Persönlichkeiten der bolschewistisch-spartakistischen Bewegung in die Hände der Polizei geraten. Wir haben erst kürzlich ein Lebensbild dieses sympathischen Herren entworfen, der wegen Unterschlagungen erst aus der polnischen, dann aus der deutschen Sozialdemokratie ausgetreten worden ist. Ein bolschewistisches Ausland ist er dann wieder zu Einstufung gelangt. Er wurde der Propagandachef der Leninschen Regierung; seinem Einstufung vor allem ist die Durchführung des blutigen Terrors zu verdanken. Danach ging er nach Deutschland, um auch den Bolschewismus (in Form des Spartakismus) zum Siege zu führen. Es ist zu hoffen, daß seine politische Rolle mit seiner Verhaftung ausgespielt ist.

Der neue Waffenstillstand.

Berlin, 12. Februar. (Privat.)

Das „Journal des Débats“ erzählt, der oberste Kriegsrat habe die Notwendigkeit erkannt, die Welt nicht länger unter dem Eindruß eines bewaffneten Friedens mit Deutschland zu lassen, sondern zu einem definitiven Frieden zu gelangen. Deshalb habe man die Möglichkeit ins Auge gefaßt, auf die andauernden Erneuerungen des Waffenstillstandes zu verzichten und den neuen Waffenstillstand vom 17. Februar in eine dauernde militärische Konvention zu verwandeln. Diese Militärikonvention würde der erste Akt des definitiven Friedens sein, dem später territoriale, wirtschaftliche und politische Bestimmungen hinzugefügt werden sollen. Die militärische Konvention, deren Basis die Begrenzung der deutschen Rüstungen sein werde, soll den Alliierten gestatten, in aller Ruhe zu demobilisieren. Zwei Methoden seien dafür ins Auge gefaßt. Die erste bestände darin, den deutschen Rüstungen eine definitive Grenze zu setzen, die zweite Methoden wäre die,

von Deutschland die Auslieferung des Artilleriematerials in einem Umfang zu verlangen, der Deutschland zwingen würde, seine Existenzbedingungen innerhalb der von den Alliierten festgelegten Grenzen zu halten. Sollte die zweite Methode angenommen werden, so werde Deutschland ein genaues Überblick über sein Material liefern müssen.

*

Paris, 12. Februar. (Havas.) Die Sonderkommission zum Studium der Bedingungen des Waffenstillstandes trat heute zusammen und arbeitete einen Bericht aus, der morgen um elf Uhr dem obersten Kriegsrat vorgelegt werden wird. Außer den Höhenkommandierenden der verbündeten Armeen werden morgen der entscheidenden Sitzung die Feldmarschälle Pétain und Haig und die Generale Pershing und Diaz teilnehmen. Feldmarschall Foch wird Paris am Abend des 13. verlassen, wenn er sich bis dahin im Befüll des Teiges für die Erneuerung des Waffenstillstandes befindet. Er wird diesen Text der deutschen Delegation mitteilen.

Paris, 12. Februar. (Havas.) Präsident Wilson hat sich in Paris eingeschifft

Ein unmöglicher Präsident.

Von

Otto Nuschke,

Mitglied der Nationalversammlung.

In der deutschen Nationalversammlung in Weimar wird sich heute die neue Regierung dem Parlament vorstellen, um durch das Vertrauen der Mehrheit der Volksvertretung die Legitimation zur Führung der Reichsgeschäfte zu erhalten. Unter den neuen Regierungsmitgliedern wird sich der bisherige Präsident der deutschen Nationalversammlung, Herr Dr. David befinden, dem die Stelle eines Reichsministers ohne Portefeuille zugedacht ist. Es ist klar, daß Dr. David nicht beide Amter versehen kann; denn beide erfordern einen ganzen Mann. Aber man wird Dr. David nicht ohne großes Bedauern von dem Amt des Parlamentspräsidenten scheiden lassen. Die wenigen Tage seiner Amtsführung haben bewiesen, daß er hier der rechte Mann am rechten Platz war. Er leitete die Verhandlungen mit Energie und Umicht und er stand in allen schwierigen Lagen stets das richtige Wort. Vor allem war er dem Posten geistig gewachsen. Seine Reden aus Anlaß des eigenen Wahl- und der Erwählung des Reichspräsidenten waren das Beste, was bisher in der Nationalversammlung gesagt worden ist. Es wird sehr schwer werden, für Dr. David einen gleichwertigen Erfolg zu finden.

Nach den Vereinbarungen unter den Parteien soll nun der Posten des Präsidenten der Nationalversammlung an das Zentrum abgetreten werden. Wir stehen nicht an, auszusprechen, daß wir diese Regelung auf das lebhafte bestreite bedauern. Es war ein grundsätzlicher Fehler, die Frage des Parlamentspräsidenten mit der Regierungsbildung zu verzweigen. Die Belebung des Parlamentspräsidenten sollte sich grundsätzlich nur nach den Verhältnissen in den Parlamenten selber richten. Der beste Grundfaß ist der, der die Verteilung der Präsidialämter nach der Stärke der einzelnen Fraktionen vor sieht. Dieser gefundene Grundfaß ist im alten Reichstage wiederholt durchbrochen worden. Man hat nach den Blockwahlen und nach den Wahlen von 1912 ein Mehrheitspräsidium gebildet. Das waren Notbehelfe, die aber eine gewisse Berechtigung darin fanden, daß die veraltete Wahlkreiseinteilung die wirklichen Mehrheitsverhältnisse der Parteien im Reichstag nicht zum Ausdruck bringen ließ. Für die Nationalversammlung ist auf Grund eines Wahlrechts gewählt worden, das ein fast photographisch getreues Bild der Wählergesinnung gibt. Die stärkste Partei im Lande hat auch die meisten Mandate, und nur die Deutsche demokratische Partei ist in den Mandaten insfern zu kurz gekommen, als das Zentrum durch die Listenverbindung mehr Mandate erzielt als die Demokraten, obwohl diese über einige hunderttausend Stimmen mehr verfügen als das Zentrum. In der Überlösung des Postens des Parlamentspräsidenten an das Zentrum liegt darum nicht nur ein Unrecht gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen die Deutsche demokratische Partei. Das um so mehr, als das Zentrum bei den beiden wichtigsten Abstimmungen fehler in der Nationalversammlung auseinandergefallen ist. Der bayerische Teil des Zentrums, der sich auch einen besonderen Namen als „Bayerische Volkspartei“ zugelegt hat, stimmte gegen die Notverfassung, und bei der Präsidentenwahl gaben die bayerischen Zentrumsteile weiße Zettel ab.

Das jetzige Präsidium der Nationalversammlung war vorbildlich zusammenge setzt. Die stärkste Partei stellte den Präsidenten, die Demokraten, das Zentrum und die gemeinsame Macht je einen Vizepräsidenten. Nun soll der Grundfaß der Fraktionsstärke wieder umgestoßen werden. Für die Zukunft wird das neue Missverhältnis schaffen, die bis in den neuen Reichstag hineinwirken wird.

Das Bedenktlichere an der geplanten Umstaltung des Parlamentspräsidenten ist aber die Absicht, Herrn Fehrenbach auf den Präsidentenstuhl der Nationalversammlung zu setzen. Das muß den schwärfsten Widerrutsch herauftreiben. Neben der alten Regierung hat in den Revolutionstagen niemand mehr ver sagt als der alte Reichstagspräsident Fehrenbach. Seine Pflicht wäre es gewesen, am 9. November nach Herrn Scheidemann vor die revolutionäre Menge zu treten und den Reichstag in Permian zu erklären. Durch den restlosen Niederbruch der alten Gewalten ist in der Hauptstadt die große Wintern entstanden, unter der wir jetzt leiden. Erst acht Tage nach der Revolution wagte Herr Fehrenbach die Aufgabe bei der Revolutionsregierung, ob er den Reichstag einberufen dürfe. In diesen acht Tagen aber, war die Weltgeschichte über den Reichstag hinweggegangen und die Arbeiter- und Soldatenräte hatten alle politische Macht in die Hände genommen, da auch Herr Fehrenbach am 9. November nicht einen Teil davon dem Reichstag zu erhalten mußte.

Schließlich spricht gegen Herrn Fehrenbach auch noch ein augenpolitisches Moment. Schon die Namen der neuen Regierungsmitglieder zeigen zu viel alte Männer. Tritt zu einer jungen Regierung und zu der alten Reichstagsmehrheit, die wir doch auch wieder haben, gar noch der alte Reichstagspräsident, so ist wirklich zuviel „Bestaltung“. Dafür sollte man auch im Zentrum selber Ver-

Kundnis haben. Die Mehrheitsparteien aber müssen sich noch in zwölfter Stunde überlegen, ob sie bei aller menschlichen Achtung vor Herrn Fehrenbach nicht die politische Pflicht haben, ihn seinesfalls auf den Präsidentenstuhl der deutschen Nationalversammlung zu setzen.

Reichspräsident Ebert an die Presse.

K. Weimar, 12. Februar.

Den ersten Tag seiner Amtstätigkeit bemühte der neu gewählte Reichspräsident Ebert, um mit den Vertretern der Presse seine Fühlung zu nehmen. Einer der schwersten Fehler des alten Regimes und vielleicht nicht die kleinste Ursache des Zusammenbruchs lag darin, daß die alten Machthaber die Bedeutung einer Presse nicht zu würdigen wußten, daß sie der unbefrchteten Meinungsfreiheit feindlich gegenüberstanden und die „Zeitungsschreiber“ nur als gefährliche Vataien für ihre Beeinflussung der Öffentlichkeit in Anspruch nehmen wollten.

Die Einladung, die das neue Oberhaupt des Deutschen Reiches gestern an die in Weimar anwesenden Vertreter der deutschen und deutschösterreichischen Presse ergehen ließ, beweist, daß auch hier mit dem alten System gebrochen werden soll. Die Worte, die Ebert, der sich selbst als früherer Redakteur einführte, in dem mit den schönen Freuden Saitcha Schneiders geschmückten Saal des Nationaltheaters sprach, enthalten das Bekennnis, daß in dem neuen Deutschland der Presse eine würdigere Stellung eingeräumt werden soll. Der Reichspräsident betonte mit besonderem Nachdruck, daß er sich auch in seinem Verhältnis zur Presse nicht als Vertreter einer Partei, sondern als der **Beauftragte des ganzen deutschen Volkes** betrachte. Die Organe der Regierung seien angewiesen, in der Behandlung der Presse keine Parteidifferenzen gelten zu lassen. Die Demokratie, der die neue Regierung mit allen Kräften dienen wolle, verlangt Respekt vor der Ansicht jedes einzelnen. Die Zusammenarbeit der drei großen Parteien in der Regierung sei kein Kompromiß in schlechtem Sinne. Die Regierung sei einig in der Forderung, daß die Grundsätze der Demokratie für das neue Reich die Richtsäule sein müßten. Diese Grundsätze würden auch gewahrt werden bei der **Berichtigung der Sozialordnung** in der Art, wie diese beim Bergbau und bei der Erzeugung der elektrischen Energie eingelteilt werden soll. Die Regierung wolle ihre schweren Aufgaben in verständnisvoller Zusammenarbeit mit der Presse erfüllen.

Im Namen der in Weimar versammelten deutschen und deutschösterreichischen Pressevertreter dankte Georg Bernhard Ebert mit einer Ansprache, die in ein Hoch auf den Reichspräsidenten auslief.

In seiner Antwort betonte Ebert, daß zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens und zur Wiederaufrichtung unseres Volkes die Hilfe der ganzen deutschen Presse unerlässlich sei. Hierin müßten alle Richtungen zunächst geschlossen zusammenarbeiten. Im übrigen müsse natürlich **volle Freiheit der Presse** gelten. „Ich kann versichern“, erklärte Ebert, „in den Wochen, wo ich in der Regierung war, war mir nichts schmerzlicher und deprimierender, als daß da und dort die Pressefreiheit durch Gewalttätigkeiten unterdrückt worden war, ohne daß wir die Macht hatten, dagegen einzuschreiten. Als wir die Macht hatten, war es unsere erste Aufgabe, gegen diese unerhörte Vergewaltigung der Presse vorzugehen. Die volle Aufrechterhaltung der Pressefreiheit und Meinungsfreiheit wird meine vornehmste Aufgabe sein.“

Der Reichspräsident schloß mit einem Hoch auf die deutsche Presse.

Wien, 12. Februar.

In einem Gespräch mit dem Präsidenten Ebert äußerte dieser zu dem Vertreter der „Neuen Freien Presse“, Deutschland sei bereit, die Finanzierung der Lebensmittelversorgung nach Möglichkeit zu regeln. Zunächst müsse man Deutschland eine Art Valutaanleihe geben. Deutschland sei in der Lage, durch Verständigung der Käufleute nach Amerika wirtschaftliche Sicherheiten zu geben. Ebert erklärte dann, er sei der Meinung, daß man einen Frieden, der Deutschland wirtschaftlich eröffne, nicht unterzeichnen könne. Bezuglich des Anchlusses Deutschösterreichs sagte Ebert: „Da Elsaß-Lothringen bereits französisch behandelt wird, glauben wir keine Rückfeste mehr nehmen zu müssen. Die Verhandlungen mit Deutschösterreich sollen großzügig und mit weitgehendem Entgegenkommen, insbesondere in den Fragen der Währung und der Staatschuld, geführt werden, unter dem Leitspruch: „Wir müssen zusammenkommen.“

Das Reichskriegsministerium.

In der Ministerliste wird Gustav Noske lediglich als Marineminister erscheinen, da es einen Heeresminister für das Reich bekanntlich nicht gibt. Erst später werden die einzelnstaatlichen Kriegsministerien umgebaut werden, das Raum für einen wirklichen Reichskriegsminister wird. Natürlich bleibt Noske neben seiner Stellung als Marineminister Oberkommandierender der Truppen.

Das Diätengesetz der Nationalversammlung dürfte für die Abgeordneten eine Aufwandsentlastung von 1000 Mark im Monat vorsehen. Für jeden verfaulten Sitzungstag sollen 50 Mark abgezogen werden. Die Anwesenheitskontrolle soll in derselben Weise erfolgen wie im früheren Reichstag. Eine besondere Entlastung sollen die Abgeordneten erhalten, die während einer längeren Vertagung der Nationalversammlung Kommissionsarbeiten leisten.

Die nächsten Sitzungen.

Das Programm der Nationalversammlung.

Die „P. T. R.“ berichten: Heute werden nur Scheidemann und Brodorff-Ranckau in der Nationalversammlung sprechen. Scheidemann wird als Ministerpräsident das Regierungsprogramm verlesen, Graf Ranckau über die auswärtige Lage Bericht erstatten. Dann wird die Sitzung vertagt. Am Freitag wird der Reichsfinanzminister über die Lage der Reichsfinanzen berichten, und nachher soll die große politische Debatte, in der voraussichtlich zunächst die Redner der Opposition von rechts und links das Wort haben werden, beginnen.

*

Infolge seiner Wahl zum Reichspräsidenten scheidet Ebert aus der Nationalversammlung aus. Der nächste auf der Liste seines Wahlkreises (Teltow-Beeskow) ist Heinrich Schulz. Da dieser in Ostpreußen gewählt ist und dort angenommen hat, rückt an Eberts Stelle der Metallarbeiter Franz Thurow.

Die Markwährung in Deutschösterreich. Die „Neue Freie Presse“ tritt für rasche Verständigung bezüglich Übergang zur Markwährung ein. Eine feste Finanzpolitik müsse den Übergang aus der Kronenwährung vorbereiten. Der Anschluß an Deutschland muss auch währungspolitisch stattfinden, wobei zu bedenken ist, ob nicht erst freiwillige und später pflichtgemäße Markwährung eingeführt werden soll.

Lloyd George über den Sozialismus.

Die Arbeiterunruhen in England.

London, 11. Februar. (Reuters)

Lloyd George sprach in seiner Rede im Unterhaus ausführlich über die Unruhen in der Arbeiterschaft. Soweit berechtigte Gründe zur Unruhe bestanden, führte er aus, sei es die Aufgabe der Regierung und des Unterhauses, ihr bestes tun, sie zu beseitigen, um jenen, die die Unruhe auslösten, keine Handhabe zu geben. Er glaubte nicht, daß Arbeitslosigkeit befürchtet zu werden brauche, wenn nur rationell geprüft wird, da große Rückstände in der Arbeit vieler Großindustrien bestanden, aber die erste sehr wesentliche Bedingung für Beschäftigung sei die Überzeugung,

Störungen Arbeitslosigkeit erzeugten, und zwar erschwere fortgesetzte Arbeitslosigkeit, wenn die Produktionskosten zu hoch seien, aber **verhängnisvolle Arbeitslosigkeit.** Die Lage würde derjenigen Ruhlands gleich werden, wo die Arbeiter aufeinander prächtige Löhne erhielten, wenn sie aber mit diesen Löhnen in einen Kauslaben gingen, herausfinden, daß sie mit fünf Pfund nicht darunter laufen können, was in England 18 Menner koste. Lloyd George fragte heftig über die eifigen Versuche, das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Gewerkschaften zu untergraben; dies habe Disziplinlosigkeit erzeugt, die gemeinsames Handeln fast unmöglich gemacht habe. Es könne für das industrielle Leben des Landes nichts Verhängnisvolleres geben, nur Anarchie könne die Folge davon sein, und das sei das Ziel und die Absicht derjenigen, die diesen Zustand fördern. Die Regierung werde die vorgebrachten Forderungen sorgfältig prüfen und jeder berechtigten Klage abhelfen. Aber wenn Forderungen vorgebracht werden, nicht etwa um angemessene Bedingungen zu erreichen, sondern mit der

entgegengesetzten Absicht, die Entwicklung des Staates aufzuhalten, die bestehende Ordnung zu stützen, die Regierung zu vernichten und sich nicht auf gerechte Forderungen, sondern auf rohe Kraft, die dahintersteckt, zu verlassen, so erkläre er namens der Regierung feierlich, daß sie entschlossen sei,

mit aller Kraft dagegen anzukämpfen.

Lloyd George ermahnt schließlich alle Teile, die Wirkung der den Staat gestellten Forderungen ernstlich zu erwägen, und sagt, wenn jeder Stand bereit sei, das notwendige Opfer für die Sicherheit und den Bestand der Industrie zu bringen, könne er mit vollem Bewußtsein erklären, daß kein Teil des Staates, so mächtig er auch sei, die ganze Nation aufzuhalten könne oder werde.

Die Worte des englischen Premierministers werfen ein bezeichnendes Licht auf die Arbeiterbeziehungen in England, die sich von den unseren um nichts unterscheiden. Und da in den übrigen Ländern der Welt die gleichen Erziehungen bemerkbar sind, ist der Lohn- und Arbeitslosheitsstreit nicht mehr als eine lokale Gefahr anzusehen. Es ist eine internationale Unruhe, eine Weltgefahr, das erste Zeichen des drohenden politischen Bolschewismus. Diesem kann, wie heute jedem Menschen gläufig ist, aber nur begegnen werden, wenn neben der politischen Anerkennung der Arbeiterschaft der ganzen Welt die soziale Besserstellung einhergeht. Das Interesse eines jeden Landes erhebt notwendig das Zusammengehen aller Staaten auch auf diesem Wege. Das „Weltarbeitsrecht“ wird die Internationale der Völker gegen den Bolschewismus schaffen helfen.

Internationale und Bolschewismus.

Die Untersuchungskommission für Rußland.

Bern, 12. Februar. (Schweizerische Depeschenagentur.)

Die Kommission, die auf Grund des Beschlusses der internationalen Sozialistenkonferenz in Bern sich nach Rußland begeben soll, um die dortigen Verhältnisse zu prüfen, wird sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzen: Friedrich Adler oder Bauer (Österreich), Kaufsky (Deutschland) oder im Falle der Verhindern Dr. Hilsberg (England), Redakteur der „Freiheit“, Longuet oder Paul Hauter (Frankreich), McDonald (England), Buxton (England) als technischer Beirat, Buchinger (Ungarn), Thomas (Argentinien) sowie je ein Vertreter aus Finnland und Italien, die später bezeichnet werden können. Der Zeitpunkt der Abreise ist noch festzusetzen.

Blutige Strafkämpfe in Breslau.

Breslau, 12. Februar. (T. U.)

Heute versuchten in der zweiten Nachmittagsstunde etwa 600 Arbeitslose im Anschluß an eine im Bierhus Buch stattgefunden Arbeitslosenversammlung die Befreiung zweier wegen Landesverrats verhafteter Spartakisten, die auf offener Straße gegen den Eingang in den Grenzschuh-Stellung gemacht hatten. Während sich eine Auseinandersetzung dieser beiden Gefangenen anzugeln, umringte die Menge das Gebäude, entwarfte die Sicherheitswache und verlor die Befreiung mit Gewalt durchzuführen. Dabei entspans sich ein heftiger Kampf zwischen den Arbeitslosen und dem Sicherheitsdienst. Es wurde mit Gewehren und Maschinengewehren geschossen. Die Zahl der bei dem Gefecht Getöteten beträgt noch den bisherigen Feststellungen 10 bis 12. Des weiteren ist eine größere Anzahl Personen auf beiden Seiten verwundet worden.

Einigung in Münster.

Münster, 12. Februar.

Bei den Verhandlungen des Generalkommandos des 7. Armeekorps mit einzelnen Vertretern des Generalsoldatenrates wurde eine Einigung erzielt. Der Generalsoldatenrat verpflichtet sich, bis zur endgültigen Stellungnahme der Regierung die Ausführung seiner gegen die Regierung gerichteten Beschlüsse zu unterlassen und nichts gegen das Generalkommando zu unternehmen. Die Verhandlungen zur Neuwahl des Korps-soldatenrats werden sofort aufgenommen.

Untersuchungsgericht und „Rote Fahne.“

Der Liebknecht-Luxemburg-Prozeß.

Berlin, 12. Februar. (W. T. B.)

Das Gericht der Gardeavallerie schieden sich zu dem in der „Roten Fahne“ gestern eröffneten Leitarifit. Der Nord an Siebenknecht und Zugemburg und „Die Tot und die Täter“ folgten mit:

Es ist nicht üblich, während eines schwedenden Untersuchungsverfahrens den Akteninhalt zu veröffentlichen. Wenn dies in der „Roten Fahne“ geschieht, ist es, wie wir wiederholen, auch auf einen Vertrauensbruch zurückzuführen. Im übrigen bringt der Artikel, soweit es sich um bestehende Tatsachen handelt, keineswegs neue Enthüllungen, sondern nur das bisherige Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung und außerdem einige bisher gänzlich unbewiesene Behauptungen. Das Verfahren gegen die vier Offiziere, welche Liebknecht begleiteten und auf ihn geschossen haben, ist seinerzeit sofort eingeleitet und auf ihn geschossen, auch gegen den Oberleutnant Vogel. Im Falle Rosa Luxemburgs, dem demnächst nach Ermittlung der Täterschaft des Guaren Kunze auf diesem unter der Beschuldigung des verfehlten Mordes und der schweren Körperverletzung ausgedehnt werden wird. Das Verfahren nimmt seinen Fortgang. Daß das Gericht nichts zur Klärung der Vorgänge untersucht läßt, geht daraus hervor, daß der Untersuchungsführer vor einigen Tagen in einer Befragung den dahin verantwortlich zeichnenden Redakteur Schroeder der „Roten Fahne“ dringend gebeten hat, das angeblich vorhandene Material dem Gericht zur amtlichen Bearbeitung vorzulegen oder die Gewährleistung für die behaupteten angeblichen Tatsachen zu nennen, aber die Gewährleistung zur Meldung beim Gericht zu veranlassen. Die Aufführung des oben erwähnten Vertrauensbruchs ist dem Gericht für die Feststellung des Sachverhalts selbst völlig gleichgültig. Nachdem der Redakteur Schroeder hierzu nur auswischende Antworten gegeben hat, ist sofort an die Redaktion geflossen, daß ein entsprechendes Erstehen abgegangen. Eine Antwort hierauf ist aber noch nicht erfolgt.

Die deutschen Frauen über den Kolonialraub.

Vertreterinnen von mehreren hundert Frauenverbänden, hinter denen Millionen deutscher Frauen stehen, veranstalteten auf Anregung des Frauenbundes der Deutschen Kolonialgesellschaft und des Frauenvereins vom Roten Kreuz für die Kolonien unter Vorstand Frau Hedwig Heyl und Frau Dr. Lehr im Deutschen Vizierclub eine imposante Kundgebung für die Erhaltung unserer Kolonien.

Nach einer Ansprache von Rechtsanwalt R. Bloch und einem reich illustrierten Bildvortrag von Erna Peterkissen „Over durch Ostafrika“, gelangte einstimmig eine Entscheidung zur Annahme, in der schärfsten Protest gegen die Wegnahme unserer Kolonien erhoben wird, deren Besitz eine wirtschaftliche Notwendigkeit für uns ist. Durch die Wegnahme wird neben Staatsbesitzum Privateigentum in empfindlicher Weise geschädigt.

Die Ermordung der deutschen Besatzung von Windau durch die Bolschewisten.

Windau, 12. Februar.

Die bei der am 31. Januar erfolgten Einnahme der Windau durch die Bolschewisten in Besitz genommenen und einige Tage darauf von den Bolschewisten erschossen wurden. Die Leichen wurden in ein Massengrab geschnitten. In Riga finden täglich Verschleppungen und Hinrichtungen statt. In Goldingen sind 19 deutschstämmige Kolonisten durch die Bolschewisten erschossen worden.

Freiwillige für die Front!

Die Berliner Lebensmittelversorgung gefährdet.

Berlin, 12. Februar. (W. T. B.)

Die Berichte der letzten Tage über die Polenkämpfe in Westpreußen lenken, das augenblicklich in großer Gefahr ist. Gelingt es den Polen, die Bahnlinie Thorn-Bromberg-Schneidemühl-Kreuz-Berlin auch nur an einer Stelle zu nehmen, so ist der wichtigste Lebensnerv Deutschlands getötet. Denn einerseits führt der genannte Abschnitt die Flanken des Aufmarsches gegen die Bolschewisten, andererseits auch Berlin in wirtschaftlicher Beziehung. Die herrschende Lebensmittelknappheit wird noch verstärkt, wenn aus der fruchtbaren Provinz nichts mehr nach Berlin gelangen kann.

Um diese Katastrophe zu vermeiden, ist es dringend erforderlich, daß sich noch freiwillige aller Waffengattungen zur Sicherung der Grenze melden und zurVertreibung der Polen aus den Gebieten, wo sie am tiefsten in überwiegend deutscher Landestiefe eingedrungen sind und die Bevölkerung in unerhörter Weise unterdrücken. Man unterschätzt die Gefahr nicht. Hat doch der „Fasist“ Rovaniemi selbst gelegentlich einer am 4. Januar in Bromberg abgehaltenen Waffenstillstandsverhandlung die Gebiete gewaltsam holen, die ihnen nicht zugesprochen wurden.

Anmeldung zum Eintritt in den Grenzschutz nimmt entgegen das Werbebüro am Brandenburger Tor, geöffnet von 9 bis 6 Uhr.

Letzte Nachrichten

Neue Zusammenstöße in der Weinmeisterstraße.

In der Weinmeisterstraße kam es gestern nachmittag zu neuen Zusammenstößen. Eine Patrouille von zehn Mann der Gardeavallerie schüttelte, was den Befehl erhalten, in einem Gebäude auf Waffen vorzutreten, da bekannt geworden war, daß dort noch zahlreiche Waffen von Soldaten zurückgelassen wurden. Die Patrouille wurde auf einem Lastautomobil befördert. Als der Kraftwagen durch die Weinmeisterstraße fuhr, wurde er plötzlich von einer Anzahl Straßenhändler und anderen Personen umringt. Die Soldaten wurden von dem Wagen heruntergetragen und entwaffnet. Dann fielen die Angreifer über die Soldaten her, raubten sie, ihnen die Waffenpapiere, rissen ihnen die Abzeichen ab und plünderten sie so vollständig aus, daß sie ihnen sogar die Waffen und andere Wertgegenstände abnahmen. Die Gewehre, die den Soldaten abgenommen worden waren, wurden von den Angreifern an den Bordwänden zertrümmert. Auch einige Maschinengewehre, die die Patrouille mit sich führte, wurden den Soldaten entrissen und zerstört. Die Mannschaft konnte sich zum größten Teil nicht mehr zur Wehr legen, da der Nebenfall zu plötzlich erfolgte, und die Menge der Angreifer eine sehr große war. Nur einige Soldaten hatten noch Gelegenheit, von der Waffe Gebrauch zu machen. Es fielen mehrere Schüsse, durch die aber einscheinend niemand verletzt worden ist. Nach kurzer Zeit kam den Soldaten eine große Anzahl von Kameraden zu Hilfe, denen es gelang, die Rufe wieder herzustellen. In den späten Nachmittagsstunden fanden abermals Zusammenstöße statt, die aber unblutig verliefen. Wie uns die Gardeavalleriepatrouille mitteilte, haben leider auch Mitglieder der republikanischen Soldatenwehr sich an den Ausschreitungen beteiligt.

Sachsen-Anhalt: Für unsere Politik: Dr. Erich Marx-Chapuisburg; für unsere Politik: Max Dietrich; für Kommunales: Groß-Berlin, Gerichtsamt und das Körperschaftsamt Berlin; für Feuerwehr und Ämter: Heinrich Seidenfeld; für den Unterhaltungsbedarf: Georg Siedentopf Schlebusch; für den Unterhaltungsbedarf: Paul Erdmann. Berlin-Lichtenfelde: Hierzu 1 Beiblatt.

Druck und Verlag: Rudolf Möller, Berlin.

